

# Amtliches Kreis-Blatt

für den  
**Unterlahn-Kreis.**

**Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.  
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.**

Preise der Anzeigen:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,  
Reklamezeile 75 Pfg.

Abgabestellen:  
In Diez: Rosenstraße 36.  
In Bad Ems: Admistrasse 36.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,  
Diez und Bad Ems.  
Verantw. f. d. Schrift: Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 284

Diez, Freitag den 6. Dezember 1918

58. Jahrgang

## Amtlicher Teil

### Bekanntmachung.

Das Bezirkskommando Oberlahnstein wird am 30. November 1918 abends geschlossen und aufgelöst.

**Bezirkskommando Oberlahnstein.**

### Bekanntmachung.

Für die Kreise St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald ist am 1. Dezember 1918 ein Kontrollamt errichtet worden.

Die Geschäftsräume des Kontrollamtes befinden sich in Oberlahnstein, Wilhelmstraße 55.

Das Kontrollamt ist zuständig für: sämtliche Kontroll- und Versorgungsangelegenheiten. Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kontrollamt anzumelden.

Geschäftsstunden sind: vormitt. von 8 bis 12½ Uhr nachm. von 2½ bis 6 Uhr.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

Der Regierungspräsident.

J. B.:

Hötter.

### Bekanntmachung.

**An die Kartoffelerzeuger der Provinz  
Hessen-Nassau.**

Die uns vorliegenden regelmäßigen Meldungen der Diez-Kreise über den Versand von Kartoffeln in die versorgungsbedürftigen Städte und Kreise zeigen neuerdings von Woche zu Woche einen bedenklichen Rückgang, der nicht in unzureichender Stellung von Eisenbahnwagen, sondern in dem Verhalten der Kartoffelerzeuger seine Erklärung findet. Von allen Seiten wird eine zunehmende Neigung der Land-

wirte berichtet, die Vorräte zurückzuhalten und sich der Ablieferungspflicht zu entziehen. Ein solches Verhalten gefährdet die Versorgung der städtischen Bevölkerung. Verjagt diese, so werden die Folgen unabsehbar sein und die Landwirte der Gefahr der Wegnahme und Plünderung ihrer Vorräte unmittelbar ausgesetzt. Wir richten deshalb die ernste Mahnung an alle Kartoffelerzeuger, in ihrem eigenen Interesse die Pflichtmengen unverzüglich und restlos den Kommunalverbänden abzuliefern. An den bestehenden Vorschriften über den Umfang der Ablieferungspflicht hat sich nicht das Geringste geändert. Sie bestehen nach wie vor zu Recht und müssen rücksichtslos durchgeführt werden, nötigenfalls unter Anwendung des schärfsten militärischen Zwanges.

Cassel, den 27. November 1918.

**Die Provinzialkartoffelstelle.**

Trott zu Solz,  
Oberpräsident.

L. b. Nr. K. B. 7586. Diez, den 29. Nov. 1918.

**An sämtliche Herren Bürgermeister  
der waldbesitzenden Gemeinden.**

Der Herr Demobilisationskommissar macht folgenden bekannt:

Die Wirtschaftslage verlangt, daß das im Walde liegende Holz mit allen Mitteln abgefahren, und daß der beabsichtigte Einschlag über den Plan erhöht wird. Dazu ist die Einstellung von möglichst vielen Arbeitern im Holzeinschlag und die größtmögliche Steigerung der Holzabfuhr nötig. Die Abgabe von Pferden und Kraftwagen an die Forstwirtschaft wird als dringend angesehen. Die Kriegsamtsstellen haben entsprechende Anweisung erhalten. Die Arbeitsnachweise sind auf die Berücksichtigung der Forstwirtschaft hinzuwirken.

Demgemäß werden die Herren Bürgermeister ersucht, die fehlenden Arbeitskräfte umgehend bei dem Kreisarbeitsnachweis in Limburg anzumelden und wegen der Abgabe von Pferden und Kraftwagen sich unmittelbar mit der Kriegsamtsstelle Frankfurt am Main in Verbindung zu setzen.

Der Landrat.  
Thon.

Diez, den 4. Dezember 1918.

#### An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Auf freiem Fuße lebende Staatsangehörige Großbritanniens, Serbiens, Montenegros, Japans, Portugals, Italiens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kubas, Panamas, Costa Ricas, Elsas, Liberias, Chinas, Brasiliens, Guatemalas, Nicaraguas, Haitis ist auf ihren Wunsch sofort die Rückreise in ihre Heimat zu gestatten. Sie werden von hier aus mit den erforderlichen Reisepapieren versehen. Militärische Stellen wirken bei der Ausreise nicht mit. Militärische Passierscheine werden nicht erteilt. Angehörige dieser Staaten, die in Deutschland bleiben wollen, haben dies spätestens am 7. Dezember bei der Ortspolizeibehörde ihres dortigen Aufenthaltsortes zu Protokoll zu erklären.

Ich erlaube, das Erforderliche sofort zu veranlassen.

Der Landrat.

J. D.

Rimmermann.

L. 12908.

Diez, den 3. Dezember 1918.

#### Bekanntmachung.

Unter dem Rindviehbestande des Heinrich Klamp in Lauenau ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt und dessen Gehöft als Sperrbezirk erklärt worden.

Die zur Verhütung einer Verschleppung der Seuche erforderlichen Maßnahmen sind angeordnet worden.

Der Landrat.

Lhon.

### Nichtamtlicher Teil

#### Das letzte Regiment zieht über den Rhein

WVB. Köln, 3. Dez. Ueber eine Woche sind die Heereskolonnen von der Westfront über Köln und Umgegend nach Osten zu marschieren. Als letzte geschlossene Formation verließ heute mittag kurz nach 4 Uhr das Infanterie-Regiment Nr. 371 die Stadt und zog über die Dombbrücke ins bergische Land. Aus diesem Anlaß wurde eine Abschiedsfeier vor dem Südportal des Domes veranstaltet. Hier hatten die Schulen Aufstellung genommen, und eine ungemein große Menschenmenge umäumte den Platz, um den letzten scheidenden Truppen ein Lebenswohl nachzurufen. Die Militärkapelle spielte, und Soldaten sangen Chöre. Der Beigeordnete Albrmann als Vertreter des Oberbürgermeisters gab namens der Stadt dem Regiment den letzten Abschiedsgruß mit auf den Weg. Er sprach seinen Dank aus für ihre heldenhafte Verteidigung des Vaterlandes. Als unbesiegte Truppen kehrten sie zurück und verließen nun die Stadt, welche der fremden Besetzung entgegenharren muß. Er sprach die Hoffnung auf nicht zu fernes Wiedersehen aus und gab den scheidenden Truppen die Versicherung, daß, wie auch die Verhältnisse sich gestalten mögen, das linke Rheinufer deutsch fühlen, deutsch bleiben und ein untrennbarer Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben werde. Der Regimentskommandeur erwiderte mit einer kurzen Dankesrede und mit einem Hoch auf die Stadt Köln. Die erhebende Feier wurde geschlossen mit dem Vortrage des altniederländischen Dankgebetes. Das Rote Kreuz verteilte Gaben. Junge Mädchen verteilten Blumen an die Truppen, welche mit offenen Fahnen in den deutschen Farben, mit Blumen und Fähnchen geschmückten Gewehren im Parademarsch vorbeizogen, um den Weg über die Dombbrücke zu nehmen, fortwährend mit lauten Hurra's von dem Publikum begrüßt. Viele Augen wurden feucht. Unverkennbar machte sich die tiefe Demut geltend, daß es ganz anders gekommen ist, wie man noch vor nicht allzulanger Zeit hoffte.

#### Zur bevorstehenden feindlichen Besetzung.

Die deutsche Waffenstillstandskommission drückt nach der Köln. Ztg.: Der Präsident der Waffenstillstandskommission General Dubant bittet, zur Erleichterung und Durchführung der Besetzung die Bürgermeister des entsprechenden Städte und Ortschaften anzuweisen, daß diese Listen vorbereiten, aus denen die Bewohnerzahl zu ersehen ist. In den Listen müssen auch die Militärpersonen kenntlich gemacht sein, die bei den verschiedenen in den zu besetzenden Gebieten verbleibenden Militärverwaltungsstellen usw. tätig sind. Diese Listen wären den einmarschierenden Verbandstruppen zu übergeben. Ich bitte, das Weitere zu veranlassen. Hierzu macht das Kriegsmintisterium folgenden Zusatz: Die Angehörigen der im Räumungsgebiet zurücklassenden Militärverwaltungsbehörden sind gleichfalls in den Listen kenntlich zu machen — Zu der Mitteilung der stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armee-Korps, daß alle Wehrpflichtigen, die nicht schon vor dem 1. August 1914, also vor Beginn des Krieges, ihren Wohnsitz im Besatzungsgebiet hatten, auch wenn sie demobilisiert und entlassen seien, um der Gefahr der Internierung zu entgehen, dieses Gebiet verlassen müssen, erklärt der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission Staatssekretär Erzberger auf telegraphische Anfrage der Wiesb. Ztg., daß alle ordnungsgemäß demobilisierten und entlassenen Wehrpflichtigen, die vor dem Krieg in besetztem Gebiet wohnten, während des Krieges dorthin verlegt oder gezogen sind, oder deren Familien während des Krieges sich dorthin begeben haben, im besetzten Gebiet bleiben können. So die neueste Entscheidung des Oberbefehlshabers der Alliierten. — Die kleinsten maßgebenden Stellen sind noch nicht im Besitz einer derartigen Erklärung.

#### Die französische Tricolore im Rheinlande

Bern, 3. Dez. Nach dem Newyork Herald besteht die Absicht, den belgischen, englischen und amerikanischen Besatzungstruppen französische Einheiten beizugeben, damit die französische Tricolore mit den Flaggen der Verbündeten in allen Gebieten wehe, die zur Zeit der ersten Republik und zur Zeit Napoleons unter französischer Herrschaft standen.

#### Die Auflösung des stellv. Generalkommandos

Das stellvertretende Generalkommando 18. A. K. wird mit dem 9. 12. 18 aufgelöst. An seine Stelle tritt mit diesem Tage wieder das aktive Generalkommando 18. A. K. in Mannheim. In den Räumen des bisherigen stellv. Generalkommandos (Frankfurt a. M., Taunus-Anlage 9) wird ein „Zivil-Departement für den Bereich des 18. A. K.“ errichtet. Die Kriegsamtstelle Frankfurt a. M. ist am 2. Dezember 1918 aufgelöst worden.

#### Der offizielle Einzug der französischen Regierung in Elsass-Lothringen.

Genf, 4. Dez. Präsident Poincaré wird am Samstag Paris im Sonderzug verlassen, um seinen angekündigten offiziellen Einzug in Elsass-Lothringen zu halten. Der Präsident wird am Sonntag und Montag Straßburg besuchen. In einem zweiten Sonderzug werden die Vertreter der beiden Kammern, insgesamt 300 Deputierten und 100 Senatoren, sowie das diplomatische Korps der Entente dem Präsidenten folgen.

#### Deutsch-Österreich.

WVB. Wien, 4. Dez. Infolge des fast gänzlichen Aufhörens der Kohlenzufuhr für die deutsch-österreichischen Eisenbahnen besteht die Gefahr für den fast gänzlichen Stillstand des Eisenbahnverkehrs. Der Verkehr der Wiener Stadtbahn wird voraussichtlich Freitag oder Samstag eingestellt werden. Auf den Hauptbahnen wird wahrscheinlich nur ein Fernpersonenzug im Verkehr bleiben können. Auf eine Besserung der Lage ist nicht zu hoffen.

### Die Verpflegungsgelder für die Besatzung.

Berlin, 4. Dez. Es ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wer für die Verpflegungsgelder für die feindlichen Truppen im besetzten Gebiet aufzukommen hat. Nach dem klaren Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen sind diese Verpflegungsgelder vom Deutschen Reich in seiner Gesamtheit zu zahlen. Die Reichsbank hat bereits angeordnet, daß den für die Auszahlung bestimmten Orten — es handelt sich zunächst um eine erste Rate für die Verpflegung der Engländer und um die Städte Köln und Düren — rechtzeitig die erforderlichen Mittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden.

### Sanfing über den Frieden.

Der Pariser Newyork Herald meldet: Auf Anfrage mehrerer Senatoren im Senat erwiderte Sanfing, es läge keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten vor, sondern eine freie Aussprache. Die Voraussetzung aber sei, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden sei.

### Die Londoner Konferenz gegen Wilson.

Pern, 4. Dez. Die italienische Presse gibt heute unumwunden zu, daß der Zweck der Londoner Konferenz, die augenblicklich tagt, darin bestehe, eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien herbeizuführen, damit diese drei Mächte alsdann einheitlich und einmütig gegenüber dem Präsidenten Wilson auftreten könnten. Bei dieser Gelegenheit macht die *Klerikale Italia*, das Organ des Finanzministers Meda, darauf aufmerksam, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten Meinungsverschiedenheiten über die Freiheit der Meere beständen; daß Frankreich einen Teil des linken Rheinufers verlange und sich nicht mit den Grenzen von 1870 begnügen wolle, daß die Südslaven den italienischen Ansprüchen Schwierigkeiten bereiteten. Der Zweck der Konferenz sei nun, diese Schwierigkeiten auszugleichen. Der Londoner Mitarbeiter des *Secolo* plaudert sogar an ein zukünftiges Bündnis dieser drei Großmächte.

### England und die Vereinigten Staaten.

WAB. Rotterdam, 4. Dez. Nach einer Meldung des *Nieuwe Rotterdamse Courant* aus London berichtet Daily News aus Newyork: In amerikanischen Versammlungen der verschiedensten Parteischattierungen werde der Vorschlag beifällig begrüßt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und England ein Flottenabkommen auf der Grundlage gleich starker Flotten für beide Länder abgeschlossen werden soll. Es geht das Gerücht, daß Lord Robert Cecil zum zeitweiligen Botschafter in den Vereinigten Staaten ernannt werden soll.

### Wilson's Botschaft.

WAB. Amsterdam, 3. Dez. Der ausführliche Text der Botschaft Wilsons in der gemeinsamen Sitzung des Kongresses liegt jetzt hier in einer Neutermeldung vor. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Überfluß hätten, würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Sie dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig sein sollte, irgend einer Stelle, wie z. B. dem Kriegsbandelamt, das Recht zu gewähren, zu Gunsten dieser Bevölkerungen eine Vorkaufsbehandlung einzutreten zu lassen. Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Geschäftslebens ist nichts von größerer Wichtigkeit als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es würde für das Land verhängnisvoll sein, bezüglich der Frage der Höhe

der Steuern länger als notwendig im Unklaren zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, so wäre es notwendig gewesen, für 1919 mindestens 8 Milliarden Dollar Steuern zu erheben. Jetzt, da der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf 6 Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten. Die Versorgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Präsidentschaft in Europa bleiben. Für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen. — Wilson sagte in seiner Rede weiter: Ich nehme bestimmt an, daß der Kongreß das Flottenprogramm, das festgesetzt wurde, ehe wir in den Krieg eintraten, ausführen wird. Der Präsident kam sodann auf die Eisenbahnfrage zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: Ich glaube, wir dürfen auf einen formellen Abschluß des Krieges durch Vertrag bei Beginn des Frühlings hoffen. Ich benütze diese Gelegenheit, um dem Kongresse meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen zu dem Zwecke, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt, aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erscheinen. Die assoziierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich im Kongreß am 8. Januar d. J. diktierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Assoziierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der aufrichtige Wunsch unserer Regierung, ohne selbstische Absichten irgendwelcher Art zu einem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig gemacht werde. Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Die tapferen Männer unserer Streitkräfte zu Lande und zur See haben gewißhaft für Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien. Ich versuche, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie wurden von den Staatsmännern als ihre eigenen Gedanken und den Absichten entsprechend angenommen; auch die assoziierten Regierungen nahmen sie an. Ihnen bin ich schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden, und daß keine Mißdeutung geschieht, um sie zu verwirklichen. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür sie ihr Leben und Blut opferten, auf mich zu nehmen. Ich möchte mir keinen Ruf zu einem Dienste denken, der wichtiger wäre als dieser. Ich werde mit Ihnen in enger Fühlung bleiben; Sie werden alles, was ich tue, erfahren. Auf mein Ersuchen haben die französische und die englische Regierung die Zensur für Kabelnachrichten, die bis vor 14 Tagen beibehalten war, vollständig auf. Es gibt auch auf dieser Seite jetzt keinerlei Zensur, außer wenn es sich um den Versuch geschäftlicher Verbindungen mit den feindlichen Ländern handelt. Der Präsident versprach, daß er durch Rasel oder auf drahtlosem Wege immer erreichbar sein werde. Seine Abwesenheit werde so kurz wie möglich sein. Er suchte am Schluß die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sein möge, mit dem glücklichen Bewußtsein zurückzukehren, die großen Ideale, für die Amerika kämpfte, in die Tat umzusetzen.

## Deutschland.

**Heidelberg, 4. Dez.** Der US-Mat in Heidelberg erklärte auf der gestrigen Vollversammlung, daß auf Grund eines bedauerlichen Zwischenfalles, bei dem ein Wachmann des Mannheimer Gefangeneneragers drei Franzosen bei einem Zwischenfall vor wenigen Tagen erschoss, damit zu rechnen sei, daß Mannheim vom Feinde besetzt werde, und daß möglicherweise ein Vorstoß der Franzosen nach Heidelberg erfolgt.

## England.

**WTB. London, 4. Dez.** Das Reutersche Büro erzählt: Da infolge der Erkrankung des Obersten House Amerika bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen Stillschweigen bewahrt werden. Es steht aber fest, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist und mit Lord George und den wichtigsten Beamten der Krone völlig darin übereinstimmt, daß Deutschland sobald wie möglich für seine Missetaten büßen muß und daß die verantwortlichen Personen ohne Rücksicht auf ihren Rang vor Gericht gebracht und so weit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

**WTB. Bern, 4. Dez.** Obwohl den englischen Frauen neben dem aktiven Wahlrecht auch das passive Wahlrecht zugesprochen wurde, sind bis jetzt doch nur drei weibliche Kandidaten für das Unterhaus aufgestellt worden. Es sind dies Miss Despard, die Schwester von Lord French, Miss Violet Markham und Miss Strachey. Die Erstgenannte ist Kandidatin für die Arbeiterpartei, die beiden letzteren sind unabhängig-liberal.

## Aus Provinz und Nachbargebieten

**! Vom Westerwald, 3. Dez.** Bei Birges fuhr nachts ein Zug auf einen unbewachten Eisenbahnübergang in eine vorübergehende Artilleriekolonne. Ein Soldat wurde sofort getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt. Auch zwei Pferde wurden getötet. Allem Anschein nach trifft die Bahnbewirtschaftung die Schuld die diesen wichtigen Übergang nicht vorschriftsmäßig bewachen ließ.

**! Braubach a. Rh., 4. Dez.** Die Stadtrechnung für 1917 schließt mit einem Ueberschuß von 16 000 Mark ab. Der Stadtwald erbrachte 1917 eine Mehreinnahme von 40 000 Mark und wird im laufenden Jahr sogar einen Ueberschuß von 91 000 Mark bringen.

**! Bingen, 3. Dez.** Während es der bürgerlichen Presse verboten war, Werbenummern an die durchziehenden Soldaten zu verteilen, wurde die sozialdemokratische „Mainzer Volkszeitung“ durch zahlreiche eigene Boten in tausenden von Exemplaren den Truppen überreicht.

**! Wiesbaden, 3. Dez.** Wie im Bleibacher A. und S.-Rat mitgeteilt wurde, ist Reichstagsabg. Dr. Quare aus der hiesigen Regierung ausgeschieden und folgt einem Ruf nach Berlin. Der gleichen Quelle zufolge wurde dem Regierungspräsidenten Dr. v. Meißner und dem Landrat v. Heimburg ein Ultimatum gestellt. Landrat v. Heimburg hat seinen Urlaub angetreten.

**! Vom Rhein, 3. Dez.** Die Königl. bezw. Staatsdomänen von Eberbach, Eltville und Müdesheim lassen ihre in den dortigen Kellern lagernden unversiegerten Weine auf dem Wasserwege nach Würzburg schaffen, da sie befürchten, daß der einziehende Feind die Dominialweine als Staatseigentum erklärt und sich aneignet.

**! Frankfurt a. M., 4. Dez.** Der Oberbürgermeister Voigt hat folgendes Telegramm des Staatssekretärs erhalten: Nach soeben eingetroffener Meldung der Weimarer Kommission in Spaß fällt Frankfurt nicht in besetztes Gebiet, sondern in die neutrale Zone.

**! Frankfurt a. M., 3. Dez.** Aus einem hiesigen Geschäftshaus wurde durch nächtlichen Einbruch ein großer Posten handgedruckter Künstlerseide im Werte von 35 000 Mark gestohlen. — Die Sittenpolizei hat eine Neuordnung dahin erlassen, daß ein aus erfahrenen Damen und Herren gebildeter Beirat den zwei Polizeiaffizientinnen im Hauptamt beigegeben sind, sich der gefährdeten Frauen und Mädchen annimmt und sie in ein neugeordnetes Heim zur Erlangung fester Stellen bringt, statt wie bisher ins Gefängnis.

**! Frankfurt a. M., 4. Dez.** Der Schiffsverkehr auf dem Main zeigt in diesen Tagen trotz des niedrigen Wasserstandes ein Bild außerordentlich regen Lebens. Ununterbrochen schleppen Dampfer lange Kahnreihen bergwärts, während der Verkehr zu Tal fast ganz eingestellt ist. Die stromauf fahrende Boote bergen noch Millionen und aber Millionen wertende Mengen von Lebensmitteln, Heeresgütern, Weine usw., die in größter Eile aus den Rheinfestungen vor den anziehenden feindlichen Besatzungen entfernt und hinter der neutralen Zone in Sicherheit gebracht werden sollen. Selbst von Köln und Koblenz kommen die hochbeladenen Boote angeschleppt. Auch viel Staatseigentum aus den offenen Städten, die Besatzungen zu gewärtigen haben, wird auf dem sicheren Wasserwege landeinwärts gebracht, nicht zum wenigsten auch bewegliche Güter von Privatleuten, denen um ihre Habe bangt und die vermöge ihres strammen Geldbeutels noch einen Schiffer zur Fortschaffung des Gutes fanden. Da nach den neuesten Meldungen eine Besetzung Frankfurts nicht in Betracht kommt, dürften die meisten noch ankommenden Schiffe vorläufig hier vor Anker gehen, weil die Wasserverhältnisse bergwärts immer schwieriger werden.

**! Höchst a. M., 3. Dez.** Im Stadtteil Unterliederbach wurde ein neunjähriger Schüler von einem Militärauto überfahren und lebensgefährlich verletzt.

**! Mainz, 3. Dez.** Nach Mitteilungen der Heeresgruppe Gallwitz ist das Eintreffen der feindlichen Stäbe und Vorkommandos in Mainz für Samstag, den 7. Dezember zu erwarten. Die Uebergabe erfolgt voraussichtlich am 8. Dezember. — Drei 12 bis 16 jährige Jungen wurden durch die Explosion einer Handgranate, mit der sie leichtfertig spielten schwer verletzt.

**! Tann i. d. Rh., 3. Dez.** Freifrau Berta von der Tann-Ratsamhausen stiftete für die Errichtung von Kriegerheimstätten in Tann 50 000 Mark.

**! Fulda, 3. Dez.** Der Kreistag nahm einen Plan auf Ausbau des zweiten Gleises der Bahnlinie Gießen-Fulda an und wird denselben der Regierung zur Weiterbearbeitung übermitteln.

## Errichtung einer Wirtschaftsstelle für die Bezirke Hessen und Wiesbaden.

**WTB. Frankfurt a. M., 4. Dez.** Von dem Hessischen Staatsministerium und der Regierung in Wiesbaden ist am 3. Dezember 1918 die Wirtschaftsstelle Frankfurt a. M. für die Bezirke Hessen und Wiesbaden mit dem Sitz Frankfurt a. M., Blittersdorfsplatz 27, als Organ der Demobilisationskommission unter der Leitung des Herrn v. Braunbehrens geschaffen worden. Die Wirtschaftsstelle hat den Anordnungen der Demobilisationskommission zu entsprechen. Ihr Arbeitsgebiet umfaßt: Allgemeine Arbeiterfragen (Schlichtungsansprüche, Arbeitsnachweismwesen, Bekleidung der Helfer), wirtschaftliche Demobilisation, Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, Betriebsaufsicht über Gas- und Elektrizitätswerke, Freigabe von Baustoffen (Ziegel und Dachpappe), Rohstoffe, Schuh- und Bekleidungsversorgung für die Arbeiterschaft, Förderung der Produktion von Düngemitteln, Eisenbahnwagenstellung, Entladung, Kohlenbewirtschaftung der gesamten Industrie, Rationierung des Verbrauchs an Gas und Elektrizität, Fürsorge für weibliche Arbeitskräfte und ihre Kinder, Bekleidung der Helferinnen.